1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die Ölindustrie macht einen sehr wichtigen Teil der norwegischen Wirtschaft aus. Doch um über die Folgen des aus der Ölwirtschaft resultierenden Ölreichtums sprechen zu können, muss zuallererst die wirtschaftliche Entwicklung Norwegens näher betrachtet werden. Damit werde ich mich in diesem Kapitel meiner Arbeit befassen.

1.1 Die ersten Erdölfunde

Die norwegische Erfolgsgeschichte begann, als im Jahr 1966 die ersten Bohrungen nach Erdöl im norwegischen Sektor durchgeführt wurden. Im Jahr 1965 hatten sich Norwegen, Dänemark und Großbritannien darauf geeinigt, das Nordseeschelf bis 62° Nord nach dem Mittellinienprinzip aufzuteilen.

Daraufhin wurde im Jahr 1969 zum ersten Mal Erdöl gefördert, das zudem sehr hochwertig war, da der Anteil des im Rohöl vorhandenen Schwefels relativ gering war. Diese Bohrung wurde vom amerikanischen Unternehmen Philips Petroleum durchgeführt, das auf das Feld Ekofisk, das in der Nähe von Stavanger, der viertgrößten norwegischen Stadt, liegt, gestoßen war. In Stavanger befindet sich auch eine große Versorgungsbasis für das Ekofisk Feld. Dieses ist nach dem Statfjord die größte gefundene Öllagerstäte in Norwegen.

Im Jahr 1971 begann man, Öl und auch Gas aus dem Ekofisk Feld zu fördern. Dies geschah bei einer Wassertiefe von rund 71 Metern. Das geförderte Öl wurde anfangs noch mit Tankern abtransportiert, bald jedoch wurde mit dem Bau von Pipelines begonnen. In den 1970er und den 1980er Jahren wurden zahlreiche neue Ölfelder erforscht, einige dieser Vorkommen gehören heute noch zu den größten Lagerstätten im weltweiten Vergleich. Da der norwegische Staat jedoch eine ausländische Ressourcenausbeutung verhindern wollte, beschloss das Storting, das norwegische Parlament, dass selbst eine Ölindustrie aufgebaut werden müsse. Mit dieser Idee einer eigenen Ölindustrie verfolgte man allerdings nicht das Ziel einer möglichst schnellen Gewinnmaximierung. Das Hauptziel dieses Vorhabens war es, auf die längerfristigen Auswirkungen der Ölwirtschaft und der staatlichen ölpolitischen Steuerung zu setzen. Deshalb gründete die norwegische Regierung im Jahr 1972 die staatliche Ölgesellschaft Statoil, aufgrund eines Beschlusses des Stortings zur Bildung einer staatseigenen norwegischen Ölgesellschaft.

Zeitgleich wurde das norwegische Öldirektorat (Norwegian Petroleum Directorate: NPD) gegründet. Das NPD ist eine staatliche Institution, genauer eine Verwaltungseinrichtung, die dem Ministerium für Öl und Energie unterstellt ist. Es ist für die Vorort-Kontrolle der Ölaktivitäten und zusammen mit dem Ministerium für Öl und Energie „*für die Rahmenbedingungen und die rechtmäßige Ausführung in jeder Phase der Erdölaktivitäten zuständig.“(*Vgl. Allendorf, 2007, S. 37.)

Die Gründung von Statoil war Teil des Plans, eine zentrale Position in der Ölindustrie zu besetzen. Durch den Ausbau dieses Unternehmens sollten finanzielle Gewinne und staatliche Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten mittels der Entwicklung des „Norwegian regulated model“ gesichert werden. (vgl. Cleas 2002, [2] zit. In Allendorf, 2007, S.39)

Mit der Gründung des NPD wurde verpflichtend eine 50-prozentige Staatsteilhabe an jeder Produktlizenz eingeführt.

Durch diese Maßnahmen einer „Norwegisierung“ gelang eine starke Linderung der möglichen negativen Auswirkungen des Ölreichtums auf die norwegische Wirtschaft. Durch ein „Gentlemans Agreement“, das am Anfang nur als Absprache und dann später als Gesetz festgelegt wurde, verpflichteten sich die norwegischen Ölgesellschaften dazu, die Angebote von norwegischen Firmen für ihre Untersuchungen und für ihre Ölplattformen in Anspruch zu nehmen. Weiters wurden norwegische Stationen für Ausbildung und Forschung gebildet.[[1]](#footnote-1)

1973 wurde vom Parlament ein Gesetz festgelegt, welches besagt *„[…], dass das Staatsunternehmen zu mindestens 50% an den Produktions-Konsortien beteiligt sein müsse. […] Dieses Gesetz wurde später jedoch modifiziert, so dass auch geringere Beteiligungen möglich wurden.“* (Vgl. Schiller, 2000, S.6) *„Da die Stimmrechte im Konsortium proportional zum jeweiligen Anteil der unternehmerischen Beteiligung an einer Lizenz gegeben wurden, hatte Statoil nach 1973 Vetomacht in allen Entscheidungen über die Produktion und Entwicklung der norwegischen Erdölfelder.“(*Vgl. Allendorf, 2007, S. 40)

Im Dezember 1984 wurde eine Neuregelung der staatlichen Beteiligung an Statoil beschlossen. Diese sollte einer stärkeren Interessensberücksichtigung von Norsk Hydro und Saga Petroleum dienen, den anderen zwei norwegischen Ölfirmen. Nun wurden die Anteile von Statoil an den Offshore-Aktivitäten in eine Aktienbeteiligung für die Ölgesellschaft und finanzielle Direktbeteiligung des Staates (SDFI) umgewandelt.

Dadurch verlor Statoil ursprüngliche Privilegien, wie automatische Beteiligung an sämtlichen Genehmigungen. Das Ziel des SDFI ist es, möglichst hohe Gewinne für die Regierung zu erzielen. Das SDFI hat weiters Unternehmensanteile an Norsk Hydro und Statoil, außerdem werden Steuern auf Öl- und Gasaktivitäten erhoben. Am 26. April hatte das Storting für eine Teilprivatisierung und einen Börsengang von Statoil abgestimmt, der es ermöglichte, bis zu einem Drittel der Unternehmensanteile zu verkaufen. Im Februar 2005 betrug der Regierungsanteil an Statoil 70.9 Prozent. Die verbleibenden 29.1 Prozent wurden zwischen norwegischen und ausländischen Investoren aufgeteilt.

Durch diese zweite Rollenveränderung der Statoil verlor die Regierung an Entscheidungs- und Kontrollgewalt. Am 9. Mai 2001 wurde die staatseigene GmbH „Petro AS“ gegründet, um das Portfolio des SDFI zu managen und als Berater zu agieren. Heute ist Statoil der größte Konzern Norwegens, erwirtschaftete mit seinen fast 2400 Mitarbeitern in 31 Ländern im Jahr 2004 37,84 Milliarden Euro und hat mittlerweile ausschließlich kommerzielle Ziele.

1.2 Folgen der Ölfunde und weitere Entwicklungen

Das erste Ölfeld, an dem Statoil sich beteiligte, war das im Jahr 1974 entdeckte Statfjord-Feld. In den Jahren von 1979 bis 1985 wurden dort drei Beton-Plattformen errichtet. Die erste dieser Plattformen begann mit der Förderung im November 1979. Somit fasste die norwegische Regierung immer mehr Fuß in der Ölwirtschaft. Dadurch, dass das Statfjord-Feld immer weiter erschlossen wurde, wurden stetig neuere und bessere Geräte benötigt, um effizienter arbeiten und tiefer bohren zu können. Somit schritt auch die technische Entwicklung voran, was die Errichtung immer größerer und effizienterer Plattformen nach sich zog. Diese technischen Fortschritte erlaubten es Norwegen nun, nördlichere und somit auch tiefere Bereiche der Nordsee zu erschließen. Somit wurde die Erforschung in Richtung Norden weiter fortgesetzt und mittlerweile ist dieser beinahe ganz erforscht (also das Nordseeschelf bis 62° Nord). Während dieser Explorationsphase wurden einige wichtige Öl- und auch Gasfelder gefunden. Die Barentssee, nördlich der Lofoten (eine Inselgruppe vor der norwegischen Küste), weist sehr reiche Erdöl- und Erdgasvorkommen auf. Seit den 1970er Jahren wird dort in geringem Maße Öl gefördert, da die unterschiedlichen Wassertiefen, der Untergrund und weitere Aspekte, die für eine effiziente Rohstoffförderung nötig sind, sehr hohe Investitionen notwendig machen würden. Jedoch spielen diese Vorkommen bis jetzt keine große Rolle, da der Erdölpreis noch nicht hoch genug ist.

1.3 Die norwegische Wirtschaftspolitik zur Zeit der weltweiten Ölkrise

Im Jahr 1973 gab es bereits Ansätze zur Bekämpfung von wirtschaftlichen Problemen:   
Es gab die „Go – Slow – Policy“, die besagte, das maximal 90 Millionen Tonnen Erdöl produziert werden sollten um eine Überhitzung der Konjunktur zu vermeiden. Weiters sollte keine weiteren Lohnerhöhungen folgen, damit die norwegischen Produkte nicht noch teurer wurden.[[2]](#footnote-2)

Da es jedoch in den 1970er und 1980er Jahren zu Ölkrisen kam, rückte die anfängliche Idee dieser Ölpolitik schnell in den Hintergrund: Die Erdölmenge, die gefördert wurde, stieg zwischen den Jahren 1975 und 1979 auf das Zehnfache an. (vgl. Meyer-Larsen 1979, 122f.; Röskau 1984, 263 zit. In Allendorf, 2007, S. 52)

Durch diese Maßnahmen war nun auch nicht mehr so einfach, die Gewinne in Volkswirtschaft zu investieren. (vgl. Stjernø 1992, 26 zit. In Allendorf, 2007, S. 52) Nun wurde versucht den traditionellen Produktionssektor während der Krisenjahre/schwierigen Jahre mithilfe von Subventionen zu erhalten. Weiters kam es zu Steuersenkungen und Lohnerhöhungen von bis zu 25 Prozent im Jahr 1977 (vgl. Noreng 2004. Petroleum Revenue Management zit. In Allendorf, 2007, S. 52)

Mithilfe dieser Politik gelang es, die Wirtschaft in den Jahren von 1974 bis 1977 stabil zu halten und die Arbeitslosigkeit unter Kontrolle zu bringen, was durch die von der Regierung bereits im Voraus verwendeten erwarteten Öleinnahmen finanziert wurde. (vgl. Heidar 2001, 100 zit. In Allendorf, 2007, S. 52)

Der Staat verdiente erheblich an den Steuern und der staatlichen Ölgesellschaft Statoil. (vgl. Skogstad 1975, 83 zit. In Allendorf, 2007, S.52)

Da es jedoch Verzögerungen und zusätzlich länger andauernde Kosten gab, erwirtschaftete Norwegen nicht die geplanten Einnahmen, weshalb die norwegische Staatsversschuldung auf 50 Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukt) anstieg und stieg auf den höchsten Wert, der jemals von einem Staat erreicht wurde.

Aus diesem Grund musste die antizyklische Fiskalpolitik aufgegeben werden. „*Als antizyklische Finanzpolitik (auch antizyklische Fiskalpolitik) bezeichnet man den*[*konjunkturpolitischen*](http://de.wikipedia.org/wiki/Konjunkturpolitik)*Versuch, durch Gestaltung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben auf eine Verstetigung des*[*Konjunkturzyklus*](http://de.wikipedia.org/wiki/Konjunktur)*hinzuarbeiten. In einer*[*Rezession*](http://de.wikipedia.org/wiki/Rezession) *müssen dazu*[*Steuern*](http://de.wikipedia.org/wiki/Steuer)*und Abgaben gesenkt oder die Ausgaben für*[*Subventionen*](http://de.wikipedia.org/wiki/Subventionen)*(z. B. Investitionszuschüsse) oder staatliche Käufe erhöht werden.“ [[3]](#footnote-3)*

Der erste Schritt war, die Währung abzuwerten. Weiters wurden von der norwegischen Regierung zwischen 1979 und 1980 Löhne und Preise eingefroren, da man in dieser Zeit den wirtschaftlichen Notstand ausgerufen hatte. Eine erste Verbesserung der norwegischen Wirtschaftssituation trat erst mit dem Einsetzten des Aufschwungs der Weltwirtschaft im Jahr 1983 ein.

1.4 Der Verfall des Ölpreises in Norwegen im Jahr 1986

Im Jahr 1986 kam es in Norwegen zu einem starken Verfall des Rohölpreises. Dies zog eine Verstärkung der Inflation nach sich, da ausländische Investoren daraufhin ihre Norwegischen Kronen verkauften. Eine Folge dieser Inflation war eine Verteuerung der Importe sowie eine Verbilligung der Auslandsexporte, deren Anteil an Petroleumprodukten bereits 20 Prozent betrug. Auch die Regierung verzeichnete aufgrund des gefallenen Rohölpreises Einnahmeverluste, die zu massiven Sparprogrammen führten. In diesem Jahr fielen die Einnahmen von 36 auf 10 Milliarden NOK (Norwegischen Kronen). (vgl. Petrikck 2002, 265 zit. In Allendorf, 2007, S.66)

Eine Konsequenz dieser Politik war der stärker werdende Anstieg der Arbeitslosigkeit, die sich in den Jahren zwischen 1987 und 1993 mehr als verdreifachte. In der Nachkriegsgeschichte war der erreichte Wert von 5 Prozent Arbeitslosigkeit der höchste jemals erreichte Wert. Die Sparpolitik Norwegens wurde bis 1990 fortgesetzt und der Anstieg des Ölpreises Ende der 1980er Jahre, sowie der Boom im Erdölsektor, der durch den Golfkrieg ausgelöst wurde, verbesserten die norwegische Wirtschaft außerordentlich. Der wirtschaftliche Erfolg war so enorm, dass Norwegen Anfang der 1990er Jahre das höchste BIP Skandinaviens aufweisen konnte.

1.5 Der Erdölfonds

Am 22. Juni 1990 wurde ein Gesetz über den staatlichen Erdölfonds (Government Petroleum Fund) vom Storting verabschiedet.

Diese Kapitalanlage der norwegischen Regierung setzt sich unter anderem aus Haushaltsüberschüssen durch die staatlichen Öleinnahmen zusammen.

Die Steuern der Ölfirmen, der Profit aus Direktinvestitionen des Staates (SDFI) und die Dividenden aus den staatlichen Aktienteilen an Statoil und Norsk Hydro bilden zusammen die Öleinnahmen. Es findet ein jährlicher Kapitaltransfer zum Finanzministerium statt, der seit 2001 jedoch nur den Realzinswert beträgt, die auf 4 Prozent geschätzt werden.

Es wird in Wertpapiere und Aktien im Ausland investiert, wobei jedoch ethnische Standards eingehalten werden müssen, beispielweise, dass nicht in Unternehmen investiert werden darf, die an der Rüstungsindustrie beteiligt sind oder Ähnliches.

Es werden 60 Prozent in Aktien, knapp 39 Prozent in Anleihen und knapp ein Prozent in Immobilien investiert. Seit der Einrichtung des Erdölfonds setzt der Staat mehr auf Zurückhaltung bezüglich konsumtiver Ausgaben und die Förderung intensiver Strukturen. Der Erdölfond ist auch ein Puffer gegen Einkommensschwankungen, und die Fiskalpolitik hat seither erheblich an Flexibilität und Unabhängigkeit gewonnen. Heute gehört der norwegische Erdölfonds zu den größten industriellen Anlegern der Welt.

Der Erdölfonds hat Anteile an 8500 verscheiden Unternehmen weltweit, wobei die größten Anteile mit jeweils 21 Milliarden Kronen am Schweizer Nahrungsmittelkonzern Nestlé und am dem britischen Ölkonzern Royal Dutch Shell (Stand:2012). [[4]](#footnote-4)

2004 belief sich das Gesamtkapital des Fonds auf 81,97 Prozent der norwegischen BIP. Im dritten Quartal 2005 erreichte der Fonds einen Marktwert von 160 Milliarden Euro: Heute liegt der Wert des Erdölfonds bei näherungsweise 711 Milliarden Euro.

1. : <http://tobias-schiller.de/arbeiten/ErdoelNorwegen.pdf>. S. 8-9 [↑](#footnote-ref-1)
2. : Schiller, 2000. S.9 [↑](#footnote-ref-2)
3. : <http://de.wikipedia.org/wiki/Antizyklische_Finanzpolitik> (Zugegriffen: 05.01.2015) [↑](#footnote-ref-3)
4. :<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/verwendung-der-oeleinnahmen-die-norwegische-spardose-11592056.html> (Zugegriffen 14.02.2015) [↑](#footnote-ref-4)